

Schluss: Die Dialektik der Angewiesenheit im gesellschaftlichen Wandel

»In Deutschland haben sich die Unternehmer an vieles gewöhnt, was vor zwei Jahrzehnten als schlechterdings unvereinbar mit der Fortdauer einer unternehmerischen Tätigkeit gegolten hätte, sowohl in Bezug auf die Kürzung der Gewinne [...] als auf die Schmälerung der Herrschaftsgewalt. Damit ist wiederum nicht gesagt, daß ein geradliniges und gleichmäßiges Fortschreiten auf diesem Wege gesichert sei. Die sich immer verstärkende internationale Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften bei zugleich sehr ungleichmäßigem Stande der sozialen Macht eröffnet dem Kapital unter Umständen die Möglichkeit, sich durch Auswanderung nicht nur dem sozialen Druck zu entziehen, sondern dadurch der sozialen Macht ihre Angewiesenheit auf die Kapitalausstattung der Volkswirtschaft sehr fühlbar ins Bewußtsein zu bringen.« (Heimann 1929: 155)

Heimann hat also schon damals vor fast hundert Jahren erkannt und befürchtet, was sich heute seit den letzten drei Jahrzehnten abspielt: Der Prozess der Globalisierung hat das vormals nationalstaatlich gebundene Heimannsche Modell des Sozialpolitischen entgrenzt. Das Kapital hat sich dem System der gegenseitigen Abhängigkeit, aus der sich die Dialektik des Sozialpolitischen begründet, entzogen, ist gleichsam in eine eigene zweite Welt abgewandert. Sowohl die multiple Verfügbarkeit als ›wanderndes‹, überall einsetzbares Investitionskapital und eine eigene Zirkulations- und Spekulationslogik machen die Eigenständigkeit des internationalen Kapitalmarktes aus. Wertschöpfung und Ge-

winnmaximierung sind nicht mehr nur auf die realen Produktionsvorgänge, sondern genauso und zunehmend auf Anlage- und Rendite spekulationen ausgerichtet. Diese entziehen sich nicht nur den Handlungsmöglichkeiten, sondern auch den Vorstellungswelten der Menschen. Der soziale Konflikt scheint nicht mehr greifbar, scheint abstrakt geworden zu sein. Dennoch lassen sich Strukturen der gegenseitigen Angewiesenheit erkennen. Spätestens bei den internationalen Finanzkrisen der 2000er Jahre, in denen sich die nationalen Sozialstaaten als Barrieren erwiesen haben, wurde deutlich, wie sehr auch der globalisierte Kapitalismus auf sozialstaatliche Strukturen angewiesen ist. Trotz der international vorangetriebenen Arbeitsteilung und der Entwicklung eines sozial entbetteten globalisierten Finanzmarktes bleibt zwar die Angewiesenheit des Kapitalismus auf das Humanvermögen prinzipiell erhalten, kann aber von der Ökonomie über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus so gesteuert werden, dass sich diese Angewiesenheit nicht mehr antikapitalistisch formieren kann, so wie das im nationalstaatlichen Hoheitsbereich möglich war. Man kann die Soziale Theorie des Kapitalismus auch ›umdrehen‹. Nicht mehr fragen, inwieweit der Kapitalismus zu seiner Modernisierung und damit Erweiterung auf das Soziale angewiesen ist, sondern zu überlegen, ob der gegenwärtige Kapitalismus zu seiner *Begrenzung* – um damit der Selbstzerstörung durch Grenzenlosigkeit zu entgehen – das Soziale dringender denn je braucht. Dann könnte es wieder ein sozial gebundener Kapitalismus werden. Dies ist die Perspektive der neuen sozialen Bewegungen. Natürlich bleibt der Grundkonflikt zwischen Mensch und kapitalistischer Ökonomie, aber die Akteure sind nun andere geworden. Hier der neue Kapitalismus, der das Soziale nach seiner Art umdefinieren und damit aufsaugen will, dort die neuen sozialen Bewegungen, die das Soziale über seine traditionelle Bindung an die Arbeit hinaus in Richtung der Sicherung der Existenzgrundlagen des Menschen neu aufbauen und erweitern wollen.

Dennoch wird seit einiger Zeit ein Diskurs um die ›Ökonomisierung der Sozialpolitik‹ geführt. Die Sozialpolitik soll eingebunden werden in die Wachstums-, Beschäftigungs- und Standortpolitik im Spannungsfeld der Globalisierung (vgl. Evers/Heinze 2008). Die Marktprin-

zipien des Wettbewerbs und der Effizienz sollen auch die sozialpolitische Sphäre durchdringen. Nur eine in diesem Sinne investive Sozialpolitik könne den Anschluss an die Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung im Zeitalter der Globalisierung sichern. Nun hatte auch schon der Diskurs um die sozialstaatliche Sozialpolitik der 1970er Jahre in Deutschland das Leitbild einer Politik der Sozialinvestitionen, sah die Gestaltung des Sozialen gleichsam als Produktivkraft einer modernen demokratischen Industriegesellschaft. Damals aber sollten die entsprechenden Gestaltungsprinzipien vom sozialen Sektor selbst ausgehen, heute werden sie zunehmend von Marktprinzipien bestimmt. Die diesbezüglichen Befürchtungen lassen sich wie folgt zusammenfassen. Eine so verstandene »investive« Sozialpolitik könnte zur »Handlangerin der Wirtschaftspolitik werden, die in ihrer liberalen Ideologie sich nicht für soziale Fragen öffnet und damit nur einseitig auf Investitionen in Humankapital ausgerichtet und psychosoziale Risiken der Selbstverantwortlichkeit der Betroffenen überlässt« (Evers 2008: 230).

Die Parole »Wirtschaftspolitik schlägt Sozialpolitik« (vgl. Wasner 2008) hat längst die Runde gemacht. Es gehört zu den historischen Erfahrungen der Sozialpolitik, dass es den Ökonomisierungsdruck immer wieder – unterschiedlich stark je nach den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – gab, obwohl er heute angesichts einer globalisierten Ökonomie übermäßig erscheint. Dennoch haben gerade die letzten Jahre gezeigt, wie gesellschaftlich existenziell die sozialstaatliche Sozialpolitik als Barriere und Ausgleichsmechanismus ist. So wird argumentiert, dass »mit der Globalisierung [...] die Nachfrage nach der Ordnungsleistung von Gesellschaft wieder ansteigt – sowohl was die Arbeitsteilung als auch Sozialstruktur und Soziokultur betrifft« (Schwengel 2008: 334). Deshalb ist es aber umso notwendiger, im Sinne eines dialektischen Verständnisses des Sozialpolitischen auf jene – gleichwohl zur Zeit verschütteten – sozialen Entwicklungsmöglichkeiten zu setzen.

Mit der Ökonomisierung der Sozialpolitik ist das Sozialpolitische als dialektische Kraft aus der Sozialpolitik vorerst verschwunden. Die Kritik dieser Ökonomisierung bleibt aber solange folgenlos, so lange nicht historisch-empirisch gegengehalten werden kann. Das

kann man mit dem Paradigma der Dialektik der Angewiesenheit. Dabei ist für den heutigen sozialpolitischen Diskurs wichtig, dass sich dieses Paradigma seit Heimann wesentlich erweitert hat. Es ist nicht nur die produktionspolitische Angewiesenheit auf das Soziale, das die kapitalistische Ökonomie weiter hinnehmen muss, sondern auch die Angewiesenheit auf die sorgende Reproduktionstätigkeit und schließlich die Angewiesenheit auf die Ökologie. Diese auch als produktionspolitische Notwendigkeit zu erkennen, fordert den Kapitalismus zum sozialökologischen Umbau heraus.

Das bedeutet nun aber nicht, dass damit die Reihe der ‚Sozialpolitiken‘ erweitert werden soll. Zum theoretischen Erbe Heimanns gehört, dass zwischen dem *Sozialpolitischen* und der sozialstaatlichen institutionalisierten *Sozialpolitik* unterschieden werden muss. Das Sozialpolitische – als Gesamtperspektive der Emanzipation des Menschen gegen den aber im Kapitalismus – muss wieder die Grundlage sozialpolitischen Denkens in einer globalisierten, aber zugleich ökologisch fragilen kapitalistischen Welt sein. Erst in diesem Gesamtzusammenhang kann die Dialektik der Angewiesenheit neu bestimmt werden. Eine Theorie der Sozialpolitik kann sich dann als Theorie der Dialektik der Angewiesenheit begreifen. Die dialektische Perspektive der Angewiesenheit könnte den kritischen sozialpolitischen Diskurs umpolen: im Sinne eines Reframings, eines anderen Blickwinkels. Die sozialökologische Genewelt zur neokapitalistischen Dominanz stünde dann wieder im Vordergrund und nicht nur die Kritik der ökonomischen Übermacht. Es gilt nun als sozialwissenschaftliche Forschungsaufgabe, die neue Dialektik der Angewiesenheit historisch-empirisch nachzuweisen.